

„Die Polarisierung in Polen bleibt stark“

Für Polens Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jarosław Kaczyński war die Wahl am Sonntag eine herbe Enttäuschung – und das, obwohl sie klar auf Platz eins kam. Dass die Liberalen von Donald Tusk die besseren Karten für die Bildung einer Koalition haben, gilt auch als positives Signal Richtung Westen.

STANDARD: Die bisher regierende PiS dürfte trotz ihres Wahlsieges keine Regierung bilden können. Was sagt uns das über die Polarisierung im Land?

Wigura: Beide Seiten haben gewonnen und verloren: Die PiS hat erneut sehr gut abgeschnitten und liegt auf Platz eins, hat aber keine Mehrheit hinter sich. Die Opposition wiederum hat gute Chancen für eine Regierungsbildung, aber es gibt eine riesige Gruppe, die mit ihr nichts zu tun haben will. Die Polarisierung bleibt also stark, wir werden weiter mit ihr leben müssen.

STANDARD: Kann es nicht sein, dass die PiS sich in der Opposition abkühlt und bald weniger zugespitzte Verhältnisse herrschen?

Wigura: Das glaube ich nicht. Dieser Kampf ist nicht nur politisch. Es ist ein sehr persönlicher Kampf zwischen Jarosław Kaczyński und Donald Tusk um ihr politisches Erbe für Polen. Das ist eine fundamentale Sache. Wenn der Populismus einmal ins System eingebettet ist, können sich die Verhältnisse nicht so rasch normalisieren. Die Populisten können sich wieder an die Macht zurückdrängen, das sieht man derzeit auch in den USA ganz deutlich.

STANDARD: Die rechte PiS hat auch starke Akzente auf Sozialpolitik gelegt. Haben die Liberalen hier Nachholbedarf?

Wigura: Vielleicht hat die demokratische Opposition bei diesem Thema ja von der PiS gelernt. Aber vielleicht kommt auch eine Entwicklung zum Tragen, die mit der PiS nichts zu tun hat, nämlich ein allmählicher Abschied von der postkommunistischen Mentalität. Die Menschen in Polen können inzwischen anders über den Staat denken. Der war vor 1989 für viele ein Feindbild. Mittlerweile sehen sie: Der Staat kann auch ein Freund sein, er kann helfen.

STANDARD: Im Wahlkampf hat die PiS stark die polnische Souveränität

Bei der Parlamentswahl haben die regierenden Nationalkonservativen ihre Regierungsmehrheit verloren. Die Soziologin Karolina Wigura sieht weiterhin tiefe Gräben, hofft aber auf weniger Isolationismus nach außen.

INTERVIEW: Gerald Schubert



Karolina Wigura im vergangenen Jahr bei einer vom STANDARD mitveranstalteten Diskussion im Wiener Burgtheater. Nach der Wahl vom Sonntag erwartet sie auch eine neue Dynamik in der Außenpolitik.

betont und Tusk als Marionette Berlins und Brüssels beschimpft. Hat ihr dieser Isolationismus letztlich geschadet?

Wigura: Es gibt die historische Erfahrung des Isolationismus aus der Zwischenkriegszeit. Am Ende stand die Katastrophe. Viele haben Angst, dass wir immer wieder dieselben Fehler wiederholen, und sehen die PiS als Verkörperung dieses Fatalismus. Also ja, ich denke, das hatte Einfluss auf die Wahl. Aber man muss auch nur auf Polens geografische Lage schauen: Es ist offensichtlich, dass dieser Staat sich nicht isolieren kann. Das hat nicht

nur mit kollektiven Emotionen zu tun, sondern auch mit Vernunft.

STANDARD: Polen stand seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine fest an der Seite Kiews und des Westens. Wie passt das zu diesem Isolationismus der PiS?

Wigura: In den vergangenen 20 Monaten hat Polen sein Image im Westen tatsächlich verbessert. Viele haben aber übersehen, dass Polen trotz allem ein tief illiberales Land blieb, etwa im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Mit einem Kollegen habe ich heuer im Juni einen Text darüber geschrieben, dass Polen nicht der

Freund ist, den der Westen sieht. Er wurde in der *New York Times* veröffentlicht und löste heftige Reaktionen aus. In Polen wurden wir als Verräter beschimpft – von PiS-Politikern inklusive Regierungsmitgliedern und von Internet-Trollen.

STANDARD: Gegen Ende des Wahlkampfes hat Premier Morawiecki dann tatsächlich eine Abkehr von der Unterstützung Kiews angedeutet.

Wigura: Hier hat man die wahre Natur des nationalen Populismus gesehen. Dieser ist prinzipiell egoistisch und isoliert sich gerne. Das Verhalten Polens ab Februar 2022 war im

Vergleich dazu eine Anomalie: Die Angst vor Russland war anfangs so groß, dass sie diese Entwicklung begünstigt hat. Nach einer gewissen Zeit aber ließ sie nach, und plötzlich waren die Wähler wieder wichtiger als die Werte oder die Tatsache, dass die Ukraine sich im Krieg befindet.

STANDARD: Sie haben häufig auch den getrüben Blick des Westens nach Osteuropa kritisiert. Erkennen Sie da eine Veränderung?

Wigura: Der Westen hat zuletzt viel gelernt über den Putinismus sowie über die historischen Grundlagen der Furcht, die viele Ostmitteleuropäer vor Russland haben. Dieser Lernprozess muss weitergehen, das sollten auch Intellektuelle im Westen forcieren. Man muss verstehen, dass man mit Putin nicht verhandeln kann – genauso, wie man mit Hitler nicht verhandeln konnte. Vor allem Deutschland hat bezüglich seiner historischen Verantwortung etwa für den Holocaust viel geleistet, aber das historische Verständnis für die Okkupation osteuropäischer Länder durch das Dritte Reich und die Sowjetunion sowie für die dadurch entstandenen kollektiven Ängste ist weniger gut.

STANDARD: Was würde eine neue, liberale Regierung in Warschau für das Verhältnis zum Westen bedeuten?

Wigura: Im Westen müsste man dann verstehen, dass manche Meinungsverschiedenheiten nicht nur mit der populistischen Politik der PiS zu tun haben, sondern auch mit einer tief verwurzelten Stimmung in Mittel- und Osteuropa. Polen ist durch das Wahlergebnis nicht einfach „zurück“, wie viele freudig sagen. Polen ist heute ein ganz anderes Land als 2015, als die PiS an die Regierung kam. Zum Beispiel der Umgang mit der Vergangenheit und das Verständnis von Russland werden die Beziehungen innerhalb Europas neu gestalten – auch wenn Polen eine neue Regierung hat.

KAROLINA WIGURA (43) ist polnische Ideenhistorikerin und Professorin für Soziologie. Sie ist Mitbegründerin des Thinktanks Kultura Liberalna, Fellow am Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) und Senior Fellow am Zentrum Liberale Moderne in Berlin. Ende Oktober erscheint bei Suhrkamp der Essay „Posttraumatische Souveränität“, den sie mit Jarosław Kuisz verfasst hat.

KURZ GEMELDET

Bombendrohungen auf französischen Flughäfen

Paris – Wegen Bombendrohungen sind in Frankreich die Flughäfen in Lille, Lyon und Toulouse am Mittwoch evakuiert worden. In der Früh seien dort Drohungen eingegangen, berichtete der Sender BFMTV unter Verweis auf die Polizei. Der Flughafen von Lille informierte auch selber über eine Bombendrohung. Am Flughafen von Nizza sorgte ein herrenloses Gepäckstück am Mittwoch für einen Einsatz der Sicherheitskräfte. Inzwischen laufe der Betrieb aber wieder normal, teilte der Flughafen mit. (dpa)

Greta Thunberg wurde in London angeklagt

London – Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg ist von der Polizei in London am Mittwoch wegen Störung der öffentlichen Ordnung angeklagt worden. Die 20-Jährige war am Vortag vorübergehend festgenommen worden, als sie und andere Klimaaktivisten sich während eines Protests geweigert hatten, Auflagen der Polizei zu befolgen. (dpa)

Schweizer Volkspartei auf Erfolgskurs

Mit klassischer Sündenbockpolitik will die rechte SVP Zweifler vor der Wahl am Sonntag überzeugen

Jan Dirk Herbermann aus Beckenried

Die drei Musikanten drehen auf. Sie geben auf Akkordeons und einem Cello Innerschweizer Volksweisen zum Besten. So laut, dass die Gäste im gut gefüllten Gasthof Rössli in Beckenried, direkt am Vierwaldstättersee, fast schreien müssen.

Geladen hat die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) des Kantons Nidwalden. Thema: das Asylwesen in Helvetien. An dem kühlen Abend kurz vor den Schweizer Parlamentswahlen am Sonntag will SVP-Kandidat Roland Blättler letzte Zweifler in sein Lager ziehen. Eigentlich muss Blättler keinen der Anwesenden davon überzeugen, dass er in die große Parlamentskammer, den Nationalrat, gehört. „Wir sind alle für die SVP und wählen den Roly“, ruft ein knorriger Pensionist und trinkt Süßmost.

Hier in Nidwalden – einem der Urkantone der Eidgenossenschaft von 1291 – feierte die SVP, die stärks-

te politische Kraft der wohlhabenden Schweiz und eine der erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien Europas, aufsehenerregende Triumphe. Bei den Nationalratswahlen 2015 bekam sie hier fast 83 Prozent. Landesweit holte damals die SVP um Milliardär Christoph Blocher ihr bisher bestes Ergebnis: 29,4 Prozent. Allerdings bekamen Blocher und seine Getreuen bei den Wahlen 2019 einen Dämpfer: Sie haben einige Prozentpunkte verloren. Bei den nun anstehenden Parlamentswahlen dürfte die SVP laut Umfragen wieder zulegen.

Front gegen die EU

Die SVP bietet heimelige Wohlgefühlstimmung, viele Eidgenossen, nicht nur im Rössli, tauchen allzu gerne darin ab. Die Partei beschwört die Neutralität des Landes, macht harte Front gegen die EU. Und sie setzt routiniert auf die Furcht vor den Fremden. „Die SVP malt Szenarien eines drohenden Wohlstandsverlustes und einsetzender sozialer

Krisen an die Wand“, erläutert der Zeithistoriker Damir Skenderovic. „Sie schürt Abstiegsängste in der Mitte der Gesellschaft und stellt Migrierende und Geflüchtete als Gefahr für den Wohlstand dar, die es mit ihr abzuwehren gilt.“

Es ist eine klassische Sündenbockpolitik. Mit dieser Strategie hat sich die SVP nach oben geschoben, sie gehört in der Alpenrepublik seit Jahrzehnten zum unverrückbaren politischen Inventar. „Eine ernsthafte Diskussion, ob die SVP mit ihren rechtspopulistischen Positionen überhaupt in der Regierung vertreten sein soll, hat es nie wirklich gegeben“, hält Skenderovic fest. Und so stellt die SVP zwei der sieben Minister in Helvetiens Regierung.

Die Musik im Rössli verstummt. SVP-Helfer verteilen Äpfel. An den Tischen sitzen zumeist ergraute Männer, der Altersdurchschnitt liegt geschätzt bei 60 Jahren. „Liebe SVP-Familie“, begrüßt Kandidat Blättler seine Gefolgsleute. Er verteilt sein „Extrablatt“, eine großge-

druckte SVP-Wahlpostille: „Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80.000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen?“, steht da. „Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.“

Gewaltaufrufe

Der Kandidat und SVP-Parteikollegin Martina Bircher, Nationalrätin aus dem Aargau, stimmen überein. Die „maßlose Zuwanderung“ bringe in fast allen Bereichen nur Unheil: Wohnungsnot, verstopfte Straßen und Züge, Gewalt und Kriminalität. Blättler sagt: „Es kommen zu viele Leute in die Schweiz, und es kommen die Falschen.“ Ein Zuhörer zischt halblaut: „Katastrophe.“ Ein anderer schimpft: „Da hilft nur noch das Jagdgesetz.“ Was er meint, lässt sich nur erraten. In der Pause erscheint ein hochgewachsener Herr, kariertes Sakko, durchdringender Blick. Er sagt: „In Deutschland würde ich die AfD wählen.“